



Presseschau vom 07.04.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Susan Bonath: COVID-19-Impfungen mit Nebenwirkungen: Bundesinstitut streicht schwere Verdachtsfälle aus der Liste

Nach gehäuften Hirnvenenthrombosen stoppte Deutschland den COVID-19-Impfstoff von AstraZeneca für unter 60-Jährige. Doch die Palette an schwerwiegenden Reaktionen ist breiter, betroffen sind auch mit anderen Vakzinen Geimpfte. Im jüngsten Bericht ist davon aber keine Rede mehr. Auskunft dazu will das Paul-Ehrlich-Institut nicht geben. ...

<https://kurz.rt.com/2h3p>

de.rt.com: Wie Kuba gegen alle Widerstände erfolgreich an Impfstoffen arbeitet

Kuba steht offenbar vor einem entscheidenden Durchbruch. Es könnte das kleinste Land der Welt werden, das nicht nur einen, sondern mehrere wirksame Coronavirus-Impfstoffe entwickelt. Davon könnten nicht nur die Menschen auf der Karibikinsel profitieren. ...

<https://kurz.rt.com/2gww>

Gert Ewen Ungar: Das neue Sanktionsregime der EU – Rückkehr zum Recht des Stärkeren

Die EU hat ein neues Sanktionsinstrument. Es ist eine Kopie des Magnitsky-Act der USA und ermöglicht Sanktionen aufgrund von Menschenrechtsverletzungen. Die EU zerstört so aktiv die internationale Ordnung. Deutsche Medien unterstützen den Prozess. ...

<https://kurz.rt.com/2h30>

*Armin Siebert: **Historiker empört: Freie Universität spricht von „Jüdinnen“***

Die „Freie Universität“ (FU) Berlin „gendert“ jetzt auch Opfer des Holocausts. Das provoziert den Widerspruch eines auf Verbrechen im Nationalsozialismus spezialisierten Historikers. ...

<https://snanews.de/20210407/freie-universitaet-spricht-von-juedinnen-1592847.html>

*Natalia Shelgunova: **Bundeswehr beginnt mit 325 Rekruten neuen Freiwilligendienst – Reaktionen deutscher Verbände***

Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat am Dienstag in Berlin das Projekt „Dein Jahr für Deutschland – Freiwilliger Wehrdienst im Heimatschutz“ gestartet, wie aus einer Mitteilung der Bundesregierung folgt. Kritik an dem Projekt kommt von deutschen Wohlfahrtsverbänden. ...

<https://snanews.de/20210407/bundeswehr-rekruten-freiwilligendienst--reaktionen-verbaende-1595100.html>

*Andreas Peter: **„Tiergarten-Mord“ – Der deutsche Rechtsstaat vertraut auf die „Expertise“ eines überführten Lügners***

Im sogenannten Tiergarten-Mord-Prozess hat ein angeblicher Zeuge für Aufsehen gesorgt, der auch in anderen Fällen als angeblicher Experte pünktlich zur Stelle war, wenn es galt, Russland eine Verantwortung für ein mögliches Verbrechen zuzuweisen. Dabei werden grundlegende Rechtsstaatsprinzipien westlicher Lesart offenbar absichtlich ignoriert. ...

<https://snanews.de/20210407/tiergarten-mord-prozess-1596297.html>

*de.rt.com: **EMA-Direktorin war jahrelang Lobbyistin der größten europäischen Pharmaorganisation***

Bis 1998 vertrat Emer Cooke die Interessen von Konzernen wie AstraZeneca und Pfizer in dem europäischen Dachverband der Pharmaindustrie. Im November 2020 wurde sie EMA-Direktorin. Einen Monat später erhielt der Corona-Impfstoff von Pfizer die EU-Zulassung, wenig später der von AstraZeneca. Sie gilt zudem als vehemente Verteidigerin von AstraZeneca trotz zahlreich gemeldeter Nebenwirkungen. ...

<https://kurz.rt.com/2h5g>

*Nikolaj Jolkin: **„Nachtwölfe“ ändern das Format ihrer Tour, aber wollen nach wie vor der Befreier Europas gedenken***

Die internationale Motorradfahrt des Biker-Clubs „Nachtwölfe“ zum 76. Jahrestag des Sieges über Nazi-Deutschland wird zum ersten Mal in europäischen Hauptstädten beginnen und in Moskau am Roten Platz enden, was die Rückkehr der Soldaten der Roten Armee in ihre Heimat symbolisiert. ...

<https://snanews.de/20210407/nachtwoelfe-tour-1599855.html>

abends/nachts:

*snanews.de: **Wegen Twitter-Post: Chinas Botschafter ins türkische Außenamt einbestellt***

Der Botschafter Chinas in Ankara, Liu Shaobin, ist wegen eines Tweets der chinesischen diplomatischen Mission ins türkische Außenministerium einbestellt worden. Das erfuhr die Agentur SNA-News am Dienstag in den diplomatischen Kreisen in Ankara.

Zuvor hatte die diplomatische Mission des Reichs der Mitte im Kurznachrichtendienst Twitter geschrieben, dass das hauptsächlich von den turksprachigen Uiguren bewohnte autonome Gebiet Xinjiang ein integrierter Bestandteil Chinas sei.

„Das ist eine international anerkannte unwiderlegbare Tatsache. Die chinesische Seite verurteilt entschieden beliebige Übergriffe von Personen oder Staaten auf die Souveränität und territoriale Integrität Chinas. Die chinesische Seite behält sich das Recht auf eine fundierte Antwort vor“, hieß es.

Ende August 2018 hatten Experten des UN-Ausschusses gegen Rassendiskriminierung in einem Bericht mitgeteilt, dass bis zu einer Million Uiguren in sogenannten „Umerziehungslagern“ in Xinjiang gehalten würden. Das chinesische Außenamt erklärte, derartige Informationen hätten weder Hand noch Fuß und entsprächen nicht der Wirklichkeit. Dem Außenministerium in Peking zufolge haben Probleme von Xinjiang nichts mit der Einhaltung der Menschenrechte zu tun. Es gehe nicht um ethnische oder religiöse Probleme, sondern um Gewalt, Terrorismus und Separatismus, hieß es in Peking.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/06/1585707_0:0:3071:1728_1280x0_80_0_0_d64f005fd65de9ee3459bdc5dcf36624.jpg

mil-lnr.info: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 6. April 2021 zu einem Fall, dass Zivilisten im Gebiet von Slawjanoserbsk auf Minen geraten sind

Trotz des geltenden Waffenstillstands leiden Zivilisten weiter unter der ukrainischen Aggression. Es wurde ein weiterer Fall festgestellt, in dem örtliche Einwohner auf eine von den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte installierte Sprengvorrichtung geriet. So erlitten am westlichen Rand von Slawjanoserbsk zwei Jugendliche Splitterverletzungen, als sie auf eine unbekannte Sprengvorrichtung gerieten. Ein Jugendlicher, geb. 2004, starb an der tödlichen Verletzung. Nach vorläufigen Informationen ging eine nicht detonierte Sprengvorrichtung los, die während der aktiven Kriegshandlungen installiert worden war. Das Kommando der Volksmiliz wendet sich an alle Bürger, seien Sie wachsam und nähern Sie sich bei Entdeckung von explosiven Objekten diesen in keinem Fall und fassen Sie sie nicht an! Benachrichtigen sie sofort telefonisch die Notfalldienste des Zivilschutzministeriums, des Innenministeriums oder der Militärkommandantur.

snanews.de: Spitzendiplomaten Russlands und der USA erörtern am Mittwoch in Wien das Iran-Atomabkommen

Der Leiter der russischen Delegation bei internationalen Organisationen in Wien, Michail Uljanow, trifft sich an diesem Mittwoch mit dem US-Sondergesandten für den Iran, Robert Malley. Erörtert werde der gemeinsame umfassende Aktionsplan zum Iran (JCPOA/Joint Comprehensive Plan of Action), teilte Uljanow am Dienstag dem TV-Sender Rossiya 24 mit. Uljanow leitet zugleich die Delegation Russlands zu den in Wien gestarteten Verhandlungen über den auch als Iran-Atomabkommen bekannten JCPOA-Plan. Am Dienstag, dem ersten

Tag der Gespräche, konnte die Arbeit von zwei Expertengruppen aufgenommen werden – zur Aufhebung der gegen den Iran verhängten Sanktionen und zu Problemen im nuklearen Bereich.

Regelmäßiger Kontakt zu Amerikanern

„Wir unterhalten regelmäßig Kontakt zu den Amerikanern. Für morgen ist mein Treffen mit Herrn Malley geplant, der eine Gruppe US-amerikanischer Unterhändler in Wien leitet“, sagte Uljanow.

Die USA waren unter Präsident Donald Trump einseitig aus dem Atomabkommen ausgestiegen und hatten die Sanktionen gegen die Islamische Republik verhärtet. Die US-Regierung erwartet langwierige Verhandlungen zur Wiederbelebung des Abkommens mit dem Iran.

USA erwarten schwierige Gespräche

„Wir erwarten, dass sie schwierige Abschnitte haben werden“, sagte die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, am Dienstag im Weißen Haus mit Blick auf Gespräche in Wien von Spitzendiplomaten der verbliebenen Abkommensparteien.

Russlands Außenamt hofft auf Einigung

Am Vortag hatte Russland vor Beginn der neuen internationalen Atomgespräche mit dem Iran auf die Möglichkeit einer Einigung hingewiesen. „Wir müssen nichts Neues erfinden“, sagte Vizeaußenminister Sergej Rjabkow nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur in Moskau. Im Großen und Ganzen gehe es darum, zu dem 2015 ausgehandelten Atomabkommen zurückzukehren.

„Kann das über Nacht gelingen? Wahrscheinlich ist es möglich, wenn es den politischen Willen dazu gibt.“ Alle Parteien müssten aber aufeinander zugehen, meinte Rjabkow. „Das ist durchaus machbar.“



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/06/1587931_0:253:2265:1527_1280x0_80_0_0_ed5a78ce34281533b8216bcadbe8f219.jpg

de.rt.com: Kreml über Auseinandersetzungen in der Ostukraine: "Sicherheit der russischen Bürger hat Priorität"

Die Sicherheit der russischen Bürger ist eine absolute Priorität des russischen Staates und von Präsident Putin persönlich. Dies antwortete Kremlsprecher Dmitri Peskow auf die Frage, wie Russland seine Bürger im Fall einer Eskalation in der Ostukraine schützen wird.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron die Besorgnis Russlands in Bezug auf die Situation in der Ostukraine mitgeteilt, erklärte Kremlsprecher Dmitri Peskow Journalisten. "Die Situation ist besorgniserregend. Wir sehen vonseiten der Ukraine keinen Willen einer

Deeskalation, das Thema des Konfliktes anzugehen, sich hinter einer angeblichen Bedrohung nicht zu verstecken und die Kontrolle über die Streitkräfte zu übernehmen, die direkt an der Demarkationslinie stehen und die meisten Provokationen verursachen. Am wichtigsten ist, dass keine weiteren militärischen Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte gegen das eigene Volk, gegen die Menschen, die in den selbst ernannten Republiken wohnen, provoziert werden."

Peskow würdigte, dass viele Bürger in den selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk auch russische Pässe besitzen. Auf die Frage, wie Russland seine Bürger im Fall einer Konflikteskalation schützen werde, antwortete er nicht direkt, da sämtliche Äußerungen das Bild verzerren und seiner Meinung nach die Situation nur komplizierter machen könnten. Demnach betonte Peskow nur:

"Die Sicherheit der russischen Bürger ist eine absolute Priorität des russischen Staates und von Präsident Putin persönlich."

Die Ukraine will in die NATO

Am Dienstag telefonierte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg über die Eskalation in der Ostukraine. Anschließend erklärte Selenskij, dass ein NATO-Beitritt seines Landes der "einzige Weg" sei um den Krieg im Donbass zu beenden und es zugleich ein "klares Signal für Russland" darstellen würde. Peskow meinte zu dieser Aussage:

"Aus unserer Sicht würde das die Situation nur erschweren. Man kann die Meinung des Volkes nicht ignorieren. Wenn Sie mehrere Millionen Menschen in den selbst ernannten Republiken über einen NATO-Beitritt befragen, werden Sie verstehen, dass dies eine inakzeptable Aussicht ist."

Wie ein Beitritt zu einem militärischen Bündnis die De-facto-Abspaltung von Teilen der Ostukraine rückgängig machen und einen Versöhnungsprozess in Gang setzen soll, erläuterte der ukrainische Präsident indessen nicht. Für die die selbst ausgerufenen "Volksrepubliken" von Donezk und Lugansk sowie für Russland als deren Schutzmacht gemäß den Minsker Abkommen bleibt die Umsetzung der auch von Kiew und dessen Schutzmächte Deutschland und Frankreich unterzeichneten Punkte der Abkommen von Minsk der einzig gangbare politische Weg.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606c5fe1b480cc678e298ae6.jpg>

snanews.de: Bericht: Angriff auf iranisches Schiff im Roten Meer

Im Roten Meer ist am Dienstagabend ein Schiff der iranischen Revolutionsgarden vor der Küste Eritreas angegriffen worden, berichtet der Sender Al-Arabiya unter Berufung auf eigene Quellen.

Eine offizielle Bestätigung der Informationen seitens der iranischen Behörden lag zunächst nicht vor.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur Tasnim handelt es sich um das Schiff „Iran-Saviz“, das seit einigen Jahren im Roten Meer stationiert ist, „um iranische Kommandos zu unterstützen, die Handelsschiffe (gegen Piraterie) eskortieren“. Das Schiff ist demnach auf eine Mine gelaufen und durch die Explosion beschädigt worden.

Ende Februar hatte sich im Golf von Oman auf einem Frachtschiff einer israelischen Firma eine Explosion ereignet. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu machte dafür den Iran verantwortlich. Irans Außenministerium wies die Anschuldigung zurück.

vormittags:

wpered.su: Gratulation Boris Litwinows zum Tag der Ausrufung der DVR

Liebe Landsleute, Freunde, Kampfgefährten!

Am 7. April 2014 nahm der Rat der Vertreter der territorialen Einheiten, politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen der Donezker Oblast unter dem Einfluss des freiheitsliebenden und stolzen Volks des Donbass, den Willen der Einwohner der Donezker Oblast ausdrücken, unter Anerkennung seiner Verantwortung gegenüber den Wählern und zukünftigen Generationen des Volks der Donezker Oblast, geleitet von den Regelungen der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen, der Erklärung der Menschenrechte und anderer internationaler Akte den Akt über die staatliche Selbständigkeit der Donezker und Volksrepublik und die Deklaration über die Souveränität der Donezker Volksrepublik an. Damals vollbrachten die Vertreter des Volks der Donezker Oblast mit Unterstützung der Mehrheit der Einwohner eine Heldentat der neuen Zeit.

Ohne die damals noch vorhandenen Behörden, den SBU, die Polizei und andere Straforgane des profaschistischen Staats Ukraine zu fürchten, sagten die Vertreter des Volks „Nein“ zur unrechtmäßigen ukrainischen Regierung!

Die Patrioten des Donbass sagen „Ja“ zu dem neuen Staat Donezker Volksrepublik, zu Freundschaft und brüderlicher gegenseitiger Hilfe mit dem Volk Russlands, zu Frieden und Freundschaft mit allen Völkern, die den Willen und das Bestreben des Volks des Donbass respektieren, seinen souveränen Staat aufzubauen!

Auf dem Weg zu unserem Traum kämpfen mit mit enormen Herausforderungen und Problemen. Unser Weg ist gefährlich, aber des Respekts würdig.

Unsere Großväter und Väter trafen vielfach auf Schwierigkeiten und Gefahren. Und kamen jedes Mal als Sieger hervor. Sie siegen und wir werden siegen!

Ich wünsche uns allen Erfolge beim Erreichen unserer gemeinsamen Ziele.

Zum Feiertag Ihnen, liebe Landsleute! Einen friedlichen Himmel, Gesundheit, Zuversicht für unsere gemeinsame Sache, Glück und Wohlergehen in jedem Haus, in jeder Familie!

Ihr Kampfgenosse bei der Schaffung der DVR,
der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der DVR
Boris Litwinow

rusvesna.su: Das Außenministerium sprach über die Rückkehr der Botschafters in die USA

Der russische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Anatoli Antonow, werde höchstwahrscheinlich in naher Zukunft nicht nach Washington zurückkehren, aber im Allgemeinen hänge die Lösung dieses Problems von der Bereitschaft der amerikanischen Seite ab, zumindest eine gewisse Normalisierung der Beziehungen zu Moskau anzustreben, sagte der stellvertretende Außenminister Sergej Rjabkow gegenüber der RIA Nowosti. Damit beantwortete er die Frage nach dem Zeitpunkt der Rückkehr Antonows in die

Vereinigten Staaten.

„Dies ist keine Frage der kommenden Tage. <...> Der Zeitpunkt wird abhängig davon festgelegt, welche Schritte Washington auf dem bilateralen Weg unternehmen wird.

Wir erwarten, dass sie weiterhin den Wunsch nach zumindest einer relativen Normalisierung unserer Beziehungen zeigen könnten und dass etwas in dieser Hinsicht Sichtbares, Sichtbares und Auffälliges unternommen wird“, sagte Rjabkow.

Zuvor hatte US-Präsident Joe Biden in einem Interview mit ABC News erklärt, dass Wladimir Putin für seine angebliche Einmischung in die amerikanischen Wahlen "bezahlen" werde. Darüber hinaus bejahte Biden die Frage, ob er den russischen Präsidenten als "Mörder" betrachte. Daraufhin wurde Antonow zu Konsultationen nach Moskau gerufen, um zu analysieren, was zu tun ist und worauf im Kontext der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten hinzuwirken ist.

Insbesondere hielt der Botschafter Treffen im Außenministerium, in der Staatsduma, im Föderationsrat sowie mit dem Präsidentenberater Juri Uschakow ab.

denis-pushilin.ru: Gratulation des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin zum Tag der Ausrufung der Donezker Volksrepublik

Sehr geehrte Bürger der Donezker Volksrepublik! Von ganzem Herzen gratuliere ich Ihnen zum Tag der Ausrufung der Unabhängigkeit unseres Staates!

Vor sieben Jahren an diesem Tag erklärten wir gegenüber der ganzen Welt unser Recht auf staatliche Selbständigkeit und die Wahl der Zukunft.

In all diesen Jahren haben wir selbstlos unsere Ideale und Bestrebungen verteidigt, die ukrainische Aggression abgewehrt. Wir haben das von der Ukraine Zerstörte wiederaufgebaut und trotz der täglichen Beschüsse und Provokationen Kiews einen Rechtsstaat aufgebaut. Der historische Weg, den wir gehen, ist verbunden mit Schwierigkeiten und Prüfungen. Aber niemand wird uns je zwingen, unserer Erinnerung, Kultur, Traditionen, die wir von unseren Vorfahren geerbt haben und die wir den zukünftigen Generationen weitergeben müssen, zu entsagen.

Die Ereignisse des 7. April 2014 waren Schlüsselglieder eines epochalen Prozesses, der den Glauben an die Einheit der russischen Menschen gefestigt hat. Uns haben Millionen Gleichgesinnte unterstützt, für die der Donbass eine Festung der Russischen Welt symbolisiert. In unserem Kampf werden wir in jedem Fall siegen!

Liebe Freunde! Ich wünsche Ihnen immer Siege zu erringen – helle, überzeugende und einprägsame!

Zum Feiertag!

Denis Puschilin

Oberhaupt der Donezker Volksrepublik

День провозглашения Донецкой Народной Республики

7 апреля
2014 года



https://denis-pushilin.ru/wp-content/uploads/2021/04/Provozlashenie_070421_.jpg

de.rt.com: **Auch ohne Arktis-Route: Russland könnte effektive Alternative zum Suezkanal bieten**

Seit Beginn des Jahres verdoppelte China den Warenexport per Eisenbahn. Der Vorfall am Suezkanal zeigt deutlich, dass alternative Routen zwischen Asien und Europa nötig sind. Ein russischer Oligarch schlägt vor, die Transsibirische Eisenbahnlinie auszubauen.

Russlands arktische Seeroute ist nicht die einzige Alternative, die Russland zum Suezkanal anbieten könnte. Dieser war im März für sechs Tage blockiert, was internationale Spediteure dazu zwang, Schiffe umzuleiten. Die Situation stellte eine unerwartete Herausforderung für die internationalen Lieferketten dar.

Oleg Deripaska, russischer Milliardär und Gründer von RUSAL, dem zweitgrößten Aluminiumunternehmen der Welt, äußerte die Hoffnung, dass die staatlichen Russischen Eisenbahnen angesichts des für die Weltwirtschaft katastrophalen Ereignisses auf einer der wichtigsten Wasserstraßen der Welt einen neuen Blick auf die Transportdienstleistungen des Landes werfen werden.

Laut dem Geschäftsmann hat Russland mehrere Projekte, die leicht zu einem adäquaten Ersatz für den ägyptischen Wasserkanal werden könnten. Das wichtigste davon ist der Ausbau der Transsibirischen Eisenbahn, die Moskau mit dem russischen Fernen Osten verbindet.

Deripaska schrieb auf Telegram:

"China hat in den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres den Gütertransport auf der Schiene durch Russland und Asien verdoppelt, da steigende Preise und der lange Seetransport Peking zwingen, den Schienentransport zu erhöhen."

Er fügte hinzu, dass die Blockade des Suezkanals die internationale Gemeinschaft dazu bewegen sollte, stärker am Ausbau des Bahntransports von Asien nach Europa zu arbeiten.

Der Oligarch stellte fest:

"Das offensichtlichste und wirtschaftlich gerechtfertigte Ziel ist es, Russland zu einem wichtigen Knotenpunkt zu machen, der eine voll funktionsfähige Verbindung zwischen Europa und Asien werden könnte."

Der Suezkanal, über den etwa 15 Prozent des weltweiten Schiffsverkehrs abgewickelt werden, war fast eine Woche lang blockiert, nachdem die Ever Given, eines der größten

Containerschiffe der Welt, quer über die Wasserstraße auf Grund gelaufen war. Die Blockade setzte die globalen Lieferketten unter immensen Druck und kostete den Welthandel Berichten zufolge bis zu zehn Milliarden US-Dollar pro Woche.

Deripaska betonte, dass der Bau der wichtigen Eisenbahnlinie, der sogenannten Sibirischen Zedernstraße, sogar eine konkurrenzfähige Alternative zur neuen chinesischen Seidenstraße werden könnte, die Zentralasien mit Osteuropa und dem Nahen Osten verbindet.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606c6388b480cc676324c440.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 5. April 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

17:05 Uhr Nowotoschkowkoje – **Golubowskoje**: Schusswaffen;

19:15 Uhr Solotoje-4 – **Solotoje-5**: Schützenpanzer (15 Schüsse), automatische Granatwerfer (15 Schüsse), Schusswaffen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Pläne für Olympia-Boycott 2022: Washington dreht weiter an der Eskalationsschraube gegen Peking**

Washington erwägt einen Boykott der Olympischen Winterspiele 2022 in Peking. Grund ist der angebliche Völkermord an uigurischen Muslimen in China. Dies teilte ein Sprecher im US-Außenministerium mit und fügte hinzu, man wolle auch andere Staaten zu dem Schritt bewegen.

Das US-Außenministerium will mit verbündeten Nationen über einen möglichen Boykott der Olympischen Winterspiele 2022 in Peking sprechen. Auf die Nachfrage, ob sich die USA bereits in Gesprächen befinden, um einen gemeinsamen Boykott in Betracht zu ziehen oder zu planen, sagte Sprecher Ned Price auf einer Pressekonferenz am Dienstag:

"Das ist etwas, was wir sicherlich diskutieren wollen. Und es ist sicher etwas, von dem wir denken, dass ein koordiniertes Vorgehen nicht nur in unserem eigenen, sondern auch im Interesse unserer Verbündeten und Partner ist."

Über allgemeine Gespräche mit verbündeten Ländern zum Umgang mit angeblichen Menschenrechtsverletzungen in China und wie man sich dazu verhalten wolle, insbesondere auch beim Thema Olympia 2022, sagte Price:

"Die Spiele sind noch einige Zeit entfernt. Ich würde keinen Zeitplan setzen wollen, aber diese Diskussionen sind im Gange."

In Reaktion auf Medienberichte über bereits laufende Gespräche stellte ein hochrangiger Beamter des Außenministeriums klar, dass die USA derzeit keine entsprechenden Gespräche

führen:

"Unsere Position zu Olympia 2022 hat sich nicht geändert. Wir haben keine Diskussionen gehabt und haben keine Diskussionen über einen möglichen gemeinsamen Boykott mit Verbündeten und Partnern."

Die USA werfen China Menschenrechtsverletzungen vor. Der ehemalige US-Außenminister Mike Pompeo erklärte kurz bevor er sein Amt verließ, Chinas Umgang mit den Uiguren sei Völkermord.

Auch sein Nachfolger Antony Blinken benutzte bereits den Begriff Völkermord, um Pekings Verhalten zu umschreiben. Im vergangenen Monat gab die US-Regierung eine gemeinsame Erklärung mit Großbritannien und Kanada ab, in der man Pekings vermeintliche Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche verurteilte, bevor Sanktionen gegen zwei chinesische Regierungsbeamte wegen einer angeblichen Beteiligung folgten.

Im Februar hatte ein Bündnis von 180 internationalen Menschenrechtsgruppen und Vertretern von Minderheiten in China die Staatengemeinschaft aufgefordert, nicht an den Olympischen Spielen im Februar 2022 teilzunehmen. In einem offenen Brief der Gruppe hieß es:

"Alles andere wird als Unterstützung der autoritären Herrschaft und der unverhohlenen Missachtung von Bürger- und Menschenrechten durch die Kommunistische Partei Chinas angesehen."

Das Internationale Olympische Komitee mit Thomas Bach an der Spitze weist bisher alle Boykott-Forderungen zurück.

Im März sagte Bach, ein Boykott sei die "falsche Antwort auf solche Fragen". Auch der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes Alfons Hörmann schloss im Februar einen Boykott kategorisch aus.

Sieben republikanische US-Senatoren riefen im Februar dazu auf, Peking die Spiele zu entziehen. Sie verwiesen auf eine Verfolgung von Uiguren und Tibetern sowie Chinas Drohungen gegenüber Taiwan. Senator Rick Scott brachte hierzu eine Resolution im Senat ein.

China sieht die Boykott-Bewegung mit gemischten Gefühlen. Regierungssprecher Guo Weimin erklärte, dies sei ein Versuch, die Spiele "zu stören und zu sabotieren". Er betonte: "Diese Handlungen sind eine Verletzung des olympischen Geistes. Wir glauben, dass die Bemühungen keine Unterstützung der internationalen Gemeinschaft gewinnen werden und zum Scheitern verurteilt sind."

Wie auch immer sich die Biden-Regierung entscheiden wird, die Olympischen Spiele in Peking werden am 4. Februar 2022 beginnen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606d48bc48fbef389954a711.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für

den Zeitraum vom 6. April 3:00 Uhr bis 7. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 8.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Mörser 120mm – einmal (12 Mörsergeschosse); Mörser 82mm – einmal (4 Mörsergeschosse); Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen – einmal (30 Schüsse);

Antipanzergranatwerfer – dreimal (8 Granaten); automatische Granatwerfer – einmal (7 Granaten); Schusswaffen – einmal.

Richtung Mariupol: Antipanzergranatwerfer – einmal (3 Granaten); automatische Granatwerfer – zweimal (25 Granaten).

Richtung Gorlowka: Mörser 82mm – einmal (12 Mörsergeschosse).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Wasiljewka, Wesjoloje, Shabunki, Donezk (Siedlung des Abakumow-Bergwerks), Wedenskoje, Kominternowo.**

Um 17:25 Uhr wurde eine Detonation im Gebiet von Awdejewka festgestellt.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde gestern während des Beschusses auf Wasiljewka eine Stromleitung beschädigt. Derzeit hat die Ortschaft keinen Strom.

Zudem wurden Schäden an ziviler Infrastruktur festgestellt, Sapadnaja-Straße 8 – Fassade eines Wohnhauses, Dach, Wirtschaftsgebäude.

Außerdem geriet das Gebiet der Wasiljewker Pumpstation einer Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke unter Beschuss.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 89.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Iranisches Außenministerium bestätigt Explosion auf iranischem Schiff im Roten Meer

Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Saeed Khatibzadeh, hat die Informationen über eine Explosion bestätigt, die das iranische Schiff „Saviz“ im Roten Meer am Dienstag beschädigt hatte.

Demnach wurde das Schiff durch eine Explosion in der Nähe der Küste von Dschibuti gegen 6 Uhr morgens (Ortszeit) am Dienstag teilweise beschädigt. Zur Ursache für den Vorfall werde ermittelt, hieß es.

Es handle sich um ein ziviles Schiff. Die Explosion habe keine Todesopfer gefordert.

Das Schiff habe sich in der Region befunden, um die Sicherheit der Schifffahrt zu gewährleisten sowie Piraten im Roten Meer und im Golf von Aden zu bekämpfen, wo es als Logistikstation fungierte und sich mit technischer Unterstützung befasste.

Zuvor hatte die iranische Nachrichtenagentur Tasnim berichtet, dass ein iranisches Schiff im Roten Meer bei einer Minenexplosion beschädigt worden war. Der Fernsehsender „Al-Arabiya“ teilte unter Berufung auf Quellen mit, dass ein iranisches Frachtschiff, das der Iranischen Revolutionsgarde gehöre, vor der Küste Eritreas im Roten Meer angegriffen worden sei. Der Sprengsatz sei angeblich von einem israelischen Saboteur auf dem Schiff installiert worden, hieß es. Das Schiff sei „seit mehreren Jahren in der Region eingesetzt“ worden, um iranische Kriegsschiffe zu überwachen und zu unterstützen, die ihrerseits zur Eskorte von Handelsschiffen geschickt worden seien.

Die Zeitung „The New York Times“ berief sich auf einen US-Beamten, der mitgeteilt haben soll, Israel habe Washington darüber informiert, dass es das Schiff als „Vergeltung für frühere iranische Attacken auf israelische Schiffe“ angegriffen habe.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/07/1590609_0:160:3073:1888_1280x0_80_0_0_fe1b27d9fdfeb3ef2d07c6f934ebb5.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 7. April um 9:00 Uhr 3885 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 3218 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 337 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 6. April wurden in der DVR 462 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 126 positiv, bei 31 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt. Am 7. April um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 29.871 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. 6190 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 21.388 als gesund entlassen, es gibt 2293 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 74 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 22 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 66 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1079 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 516 mit Sauerstoffunterstützung (+23 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden im Ergebnis von 249 Express-tests 43 Patienten entdeckt, die eine Coronavirusinfektion bereits durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 744 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Taiwans Militär simuliert "feindliche Invasion"**

Das Militär Taiwans übt angesichts steigender Spannungen zwischen der Volksrepublik China und des von Peking als "abtrünnig" bezeichneten Inselstaates die Verteidigung gegen eine feindliche Invasion. Biden sichert der taiwanischen Regierung die US-Unterstützung und die Wiederbelebung der Quad-Allianz gegen Peking zu.

Der erste Teil der alljährlichen Verteidigungsübung Taiwans gegen China unter dem Titel "Han Huang" wird zwischen dem 23. und 30. April unter Einschluss von Stabsübungen und Computersimulationen durchgeführt. In einer zweiten Phase, die im Juli abgehalten werden soll, kommen reale Feldmanöver rund um die Uhr hinzu. Diese konzentrieren sich auf die Stärkung der "gesamten Luftverteidigung, der gemeinsamen Marineoperationen, der Kampfbereitschaft, mit Starts und Landungen von Kampfflugzeugen" und der "gemeinsamen Anti-Landungsoperationen".

Der Taiwanische Generalmajor Liu Yu-Ping:

"Die Übungen sind auf der Grundlage der härtesten feindlichen Bedrohungen konzipiert und

simulieren alle möglichen Szenarien einer feindlichen Invasion auf Taiwan."

Die Ankündigung kam kurz nach einer Übungsserie Chinas unweit von Taiwan, zu der mitteilt wurde, dass solche Manöver bald zur Routine werden würden. Taipeh warf Peking die Verletzung seines Luftraums vor. Im März meldete Taiwan die Sichtung von 20 chinesischen Militärflugzeugen in seinem Luftraum allein an nur einem Tag.

Nicht lange nach der militärischen Operation der Volksrepublik entsandte die US-Marine eine Flugzeugträger-Kampfgruppe in das Südchinesische Meer als bereits zweiter "Besuch" in diesem Jahr. Bereits unter dem vorigen US-Präsidenten Donald Trump wurden taiwanische Waffenverkäufe in Washington, D.C. intensiviert.

Die Regierung unter Joe Biden sicherte Taiwan Unterstützung zu und plant die Initiierung einer Arbeitsgruppe zum Schutz der Küste. Biden will zudem die "Quad"-Allianz wiederbeleben. Dieser Block wurde, bestehend aus den Vereinigten Staaten, Australien, Japan und Indien, als Bollwerk gegen China im asiatisch-pazifischen Raum geschaffen und war bereits von Trump nach einer langen Pause wiederbelebt worden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606d6e08b480cc4c69331881.JPG>

Dnronline.su: Wegen des Ausfalls der Stromversorgung der Wasiljewker Pumpstation ist derzeit die Wasserversorgung von Dokutschajewsk und Jelenowka ausgefallen, teilt das Zivilschutzministerium der DVR mit.

Außerdem haben 189 private Verbraucher in Wasiljewka keinen Strom.

Die Reparaturarbeiten werden nach einer Sicherheitsvereinbarung erfolgen. ...

nachmittags:

de.rt.com: **Ungarn lockert Lockdown – 25 Prozent der Bevölkerung geimpft**

Ungarn hat die höchste Impfrate der EU – auch dank russischer und chinesischer Impfstoffe. Nachdem 25 Prozent der Bevölkerung geimpft wurden, greifen erste Öffnungsschritte aus dem Lockdown. Als Ziel benennt Ministerpräsident Orban die Impfung der gesamten Bevölkerung.

Nach Fortschritten bei den Impfungen hat Ungarn die geltenden Lockdown-Bestimmungen gelockert. Seit Mittwoch dürfen körpernahe Dienstleister wie Friseure und Kosmetiker sowie nicht essenziell notwendige Geschäfte unter Auflagen zur Vermeidung von Gedränge wieder öffnen – ein Kunde pro zehn Quadratmetern. Die nächtliche Ausgangssperre bleibt weiterhin in Kraft, ihr Einsetzen wird aber von 20 Uhr auf 22 Uhr verschoben und dauert bis 5 Uhr morgens. Die Gastronomie bleibt vorerst weiterhin geschlossen und die Hotels stehen nur Geschäftsreisenden offen. Schulen und Kindergärten sollen am 19. April wiedereröffnet werden, wenn alle Pädagogen und Mitarbeiter geimpft wurden.

Die entsprechende Verordnung von Innenminister Sandor Pinter erschien in der Nacht zum Mittwoch im ungarischen Amtsblatt. Sie bezieht sich auf eine frühere Verordnung von Ministerpräsident Viktor Orban, wonach die genannten Öffnungsschritte wirksam werden sollten, sobald 2,5 Millionen Ungarn – 25 Prozent der Bevölkerung – zumindest eine erste Corona-Impfung erhalten haben. Diese Marke wurde am Dienstag erreicht. Orban betonte in einer Ansprache laut dem Nachrichtenmagazin Ungarn heute, dass das Land "einen wichtigen Meilenstein erreicht" habe mit den "2,5 Millionen geimpften Landsleuten". Es sei an der Zeit für Lockerungen:

"Wir leben unser Leben unter Bedingungen, die schon seit einem Jahr an die Kriegszeiten erinnern: mit Einschränkungen, Ausgangssperren und persönlichen Verlusten."

Ungarn hatte in den letzten Wochen sein Impftempo deutlich erhöht, da in dem EU-Land neben den in der EU zugelassenen Vakzinen auch der russische Impfstoff Sputnik V und der chinesische Impfstoff Sinopharm eingesetzt werden. Zudem wurden die Zweitimpfungen nach hinten verschoben und die Erstimpfungen priorisiert. Orban machte laut ORF deutlich: "Ungarn kann und wird das europäische Land sein, in dem alle am schnellsten geimpft werden."

In dem Bericht der Deutschen Presse-Agentur wird der Öffnungsschritt kritisch begleitet durch die Erwähnung von anonymen Experten, die "ernsthafte Bedenken" hätten "gegen die Strategie Orbans, die Lockerung des Lockdowns an die Zahl der Impfungen zu binden und vom Infektionsgeschehen im Land zu entkoppeln". Ungarns Sieben-Tage-Inzidenz liege demnach derzeit bei 518. Zudem gebe es eine "Überlastung der Krankenhäuser und eine hohe Sterblichkeit" – seit März 2020 sollen laut Johns Hopkins University über 22.000 Menschen an oder mit dem Corona-Virus verstorben sein. Ungarn heute meldete am Mittwoch einen "traurigen Corona-Rekord" mit 1.933 positiven Corona-Befunden an einem Tag.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606d6dea48fbef388c0bbfb3.jpg>

Telegram-Kanal der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe: Heute findet eine außerplanmäßige Sitzung der Kontaktgruppe zur Regelung des Konflikts im Donbass statt. Die Durchführung dieser Sitzung wurde möglich angesichts dessen, dass die Ukraine die Forderung der Republiken erfüllt hat und eine den im Rahmen der am 22. Juli 2020 unterschriebenen Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung entsprechende Erklärung auf der Seite des Verteidigungsministeriums der Ukraine zu veröffentlichen.

Schlüsselfragen der außerplanmäßigen Sitzung werden Fragen der Sicherheit sein, unter anderem:

- eine Ermittlung zur Situation bezüglich des Todes von Zivilisten in der DVR;
- die wachsende Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU, Gründe für die Konzentration von Kräften der BFU an der Kontaktlinie;

- Erreichung eines konsolidierten Einvernehmens über die Unterstützung der erreichten Vereinbarungen vom 22. Juli 2020.

Wir merken an, dass die Lösung dieser Krise nur in konkreten Handlungen zur Verringerung der Gefahr einer weiteren Eskalation des Konflikts dadurch, dass die Ukraine ihre Verpflichtungen zu allen in Minsk erreichten Vereinbarungen erfüllt, zum Ausdruck kommen kann.

Wir hoffen auf ein Erreichten konkreter und klarer Lösungen der entstandenen Situation.

snanews.de: **Ukraine in Nato aufnehmen? Bundesregierung meldet sich zu Selenski-Wunsch**

Die Ukraine sei zwar „ein geschätzter und langjähriger Partner der Nato“ und habe „das Recht der freien Wahl und ihre politischen Bedürfnisse“, äußerte die Sprecherin des Auswärtigen Amtes, Ulrike Demmer, am Mittwoch. Aber es stünden derzeit keine weiteren Schritte zu einer Mitgliedschaft in der Nato an.

Zuvor am Dienstag hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenski in einem Telefongespräch mit Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg um die Aufnahme der Ukraine in die Nato gebeten. Die Nato sei der einzige Weg, um den Krieg im Donbass zu beenden, sagte Selenski laut einer Mitteilung. Schon jetzt beteiligt sich die Ukraine an den Nato-Übungen wie dem Manöver „Defender Europe 2021“. Würde Deutschland einen ukrainischen Nato-Beitritt befürworten, lautete eine Frage auf der Bundespressekonferenz.

„Deutschland unterstützt die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine“, kommentierte Demmer. Das habe für die Nato auch der Generalsekretär Stoltenberg im Telefonat mit Selenski am Dienstag bekräftigt. Wie für alle Nato-Mitgliedstaaten, gelte auch für Deutschland, dass die Ukraine ein geschätzter und langjähriger Partner der Nato sei. Demmer weiter:

„Im vergangenen Jahr wurde der Ukraine der Status des Enhanced Opportunity Partner anerkannt, das ist eine sehr enge Partnerschaft. Und wie Sie wissen, verfolgt die Nato bei der Aufnahme neuer Mitglieder grundsätzlich eine Politik der offenen Tür. Die Ukraine hat das Recht der freien Wahl und ihre politischen Bedürfnisse. Allerdings stehen weitere Schritte zu einer Mitgliedschaft derzeit nicht an.“

Unter anderem bekräftigte Demmer, dass die Bundesregierung die Sorgen der Nato über die russischen Truppenverstärkungen nahe der ostukrainischen Grenze teile und dies auch Moskau mitgeteilt habe. Deutschland und Frankreich hätten dazu in einer gemeinsamen Erklärung die Parteien zur Zurückhaltung und sofortiger Deeskalation aufgefordert. Auf die Frage nach möglichen Sanktionen legte der Sprecher des Auswärtigen Amtes Christopher Burger nach, dass für Deutschland vorerst Schritte zur Deeskalation in den geschaffenen Formaten wichtig seien.

Moskau enttäuscht von mangelnder Reaktion des Westens auf militärische Infrastruktur Kiews in Donbass

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hatte seinerseits am Dienstag Frankreich und Deutschland aufgefordert, die Ukraine angesichts der jüngsten Eskalation im ostukrainischen Konfliktgebiet Donbass in die „Realität zurückzuholen“. Lawrow zufolge ist Moskau enttäuscht von der Reaktion des Westens und der USA auf Kiews Verhalten. Moskau sei übrigens enttäuscht von der Reaktion seiner westlichen Kollegen im Zusammenhang mit dem Aufbau der militärischen Infrastruktur, den Kiew im Donbass vorantreiben würde.

Verschärfte Spannungen in der Ostukraine hatten zuletzt international Besorgnis ausgelöst. Beobachtern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zufolge liegt die Zahl der Verstöße gegen die Waffenruhe jedoch weiter deutlich unter den Werten des Vorjahres.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/07/1594058_0:285:3135:2048_1280x0_80_0_0_3e75de959c25043bef06fa4dcd91fc0b.jpg

snaneews.de: Nach Anzeichen von Atemwegserkrankung: Nawalny negativ auf Corona getestet

Der inhaftierte russische Blogger und Kremlkritiker Alexej Nawalny ist laut seiner Anwältin zweimal auf Coronavirus getestet worden.

Der erste Corona-Test sei negativ ausgefallen, sagte Nawalnys Anwältin, Olga Michailowa. „Daraufhin hat die FSIN (die russische Strafvollzugsbehörde – Anm. d. Red.) aus irgendeinem Grund einen zweiten Test machen lassen“, so Michailowa weiter. Das Ergebnis des zweiten Tests sei bislang nicht bekannt.

Zuvor war berichtet worden, dass Nawalny, der sich derzeit in der Justizvollzugskolonie Nr. 2 in der Region Wladimir befindet, wegen Anzeichen einer akuten Atemwegserkrankung in die medizinische Abteilung verlegt worden war. Im Verlauf der geplanten ärztlichen Untersuchung habe der Verurteilte Anzeichen einer Atemwegserkrankung, darunter hohes Fieber, aufgewiesen, teilte die Abteilung der Föderalen Strafvollzugsbehörde in der Region Wladimir (UFSIN) am vergangenen Dienstag mit.

Nawalny tritt in Hungerstreik

In der vergangenen Woche hatte Nawalny über seinen Instagram-Account bekannt gegeben, er sei in den Hungerstreik getreten. Der inhaftierte Kremlkritiker forderte, einen Arzt seiner Wahl zu ihm zu lassen, dessen Besuch ihm verwehrt worden sein soll.

Zuvor hatte Nawalnys Anwältin, Olga Michailowa, nach einem Besuch bei ihm in der Justizvollzugsanstalt über gesundheitliche Probleme ihres Mandanten berichtet. Ihr zufolge hat der 44-Jährige Schmerzen im Rücken und in einem Bein. Nach den Angaben von Michailowa durfte der eingeladene Arzt Nawalny nicht besuchen. Die empfohlenen Medikamente dürften an ihn nicht weitergegeben werden, und seine Diagnose und die Ergebnisse der medizinischen Untersuchung seien immer noch nicht bekannt.

Die russische Strafvollzugsbehörde FSIN hat Nawalnys Vorwürfe wegen schlechter Behandlung zurückgewiesen. Laut der regionalen Strafvollzugsbehörde bekommt der Kreml-Kritiker entsprechend den aktuellen medizinischen Indikationen „jede notwendige medizinische Hilfe“.

Nawalnys Verurteilung

Am 2. Februar hatte das Simonowski Gericht in Moskau Nawalny zu 3,5 Jahren Haft verurteilt. Die Bewährungsstrafe aus dem Verfahren von 2014, bei dem es um Unterschlagung von insgesamt rund 500.000 Euro ging, wurde somit in eine Haftstrafe umgewandelt. Die Haftstrafe wurde um die Zeit verkürzt, die Nawalny zuvor im Hausarrest verbracht hatte.

Nawalny wird daher ungefähr zwei Jahre und fünf Monate im Gefängnis absitzen müssen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/15/244039_0:195:2947:1853_1280x0_80_0_0_fe28d5872407f0f6271e7a93bc1689f2.jpg

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 07.04.2021

In den letzten 24 Stunden vom 6. auf den 7. April hat der Gegner weiter den geltenden Waffenstillstand verletzt und dabei von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen und Technik eingesetzt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer aus der 36. Marineinfanteriebrigade **Kominternowo** und **Weenskoje** mit verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Gorlowka** wurde eine örtliche Einwohnerin, geb. 1956, beim Säubern einer Gartenparzelle in Sajzewo infolge der Explosion eines nicht detonierten BOG-17-Geschosses, das zuvor von Kämpfern der 59. Panzergrenadierbrigade abgefeuert worden war, verletzt, sie wurde operativ in ein Krankenhaus in Gorlowka gebracht, wo sie die notwendige medizinische Behandlung erhielt.

In **Richtung Donezk** haben Besatzer aus der 28. mechanisierten Brigade zweimal die **Siedlung des Abakumow-Bergwerks** in Donezk unter Einsatz von 82mm-Mörsern und Antipanzergrenatwerfern beschossen und vier Mörsergeschosse und sechs Granaten abgefeuert.

Außerdem haben Kriegsverbrecher aus der 58. Panzergrenadierbrigade zweimal das Feuer von ihren Positionen im Gebiet von Peski aus auf das Territorium unserer Republik eröffnet. Unter Einsatz von 120mm-Mörsern wurde **Shabunki** beschossen, mit Granatwerfern verschiedener Art wurde das Gebiet von **Wesjoloje** beschossen.

Außerdem wurde bei der Detonation einer nicht identifizierten Sprenganlage ein Einwohner des Kalininskij-Bezirks von Donezk verletzt. Der Verletzte wurde in das republikanische traumatologische Zentrum eingeliefert, wo er die notwendige Behandlung erhielt.

Die letzten Ereignisse zeugen davon, dass die ukrainische Führung den ihr unterstellten Kämpfern der bewaffneten Formationen die Erlaubnis gegeben hat, den direkten Terror gegen die Zivilbevölkerung des Donbass zu verstärken.

So haben Kämpfer der 72. mechanisierten Brigade der BFU auf persönlichen Befehl des Kriegsverbrechers Bogomolow von Rand von Kamenka aus das Feuer mit Schützenpanzerwaffen auf **Wasiljewka** eröffnet, dabei wurden drei Wohnhäuser in der Sapadnaja-Straße 8, 8/1, 5 beschädigt, außerdem wurde eine Stromleitung beschädigt, die die Ortschaft und die Wasiljewker Pumpstation mit Strom versorgt.

Wegen der fehlenden Stromversorgung ist derzeit die Wasserversorgung von mehr als 40

Ortschaften mit einer Bevölkerung von 1,8 Mio. Menschen unterbrochen, mehr als eine Million von ihnen lebt auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium.

So könnte der Terrorakt, der von Kämpfern der 72. Brigade begangen wurde, Ursache für eine humanitäre Katastrophe im Donbass werden.

Es ist wichtig anzumerken, dass all unsere Anträge an die ukrainische Seite über die Gewährung von Sicherheitsgarantien für eine Reparaturbrigade für die Zeit der Wiederherstellung der Stromversorgung ohne Antwort geblieben sind, was nur den vorsätzlichen Charakter der Beschädigung der Stromleitung durch die ukrainischen Kämpfer bestätigt.

Nicht weniger wichtig ist die Tatsache, dass die Wasiljewker Pumpstation zum ersten Mal seit Inkrafttreten der Maßnahmekomplexes zur Kontrolle des geltenden Waffenstillstands von Seiten der BFU beschossen wurde, was von einer von der Ukraine geplanten Provokation zeugt, die auf die Destabilisierung der Lage gerade jetzt, da Kiew diese Verschärfung günstig ist, zeugt, um die Aufmerksamkeit der westlichen „Partner“ zu erregen.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die ukrainischen Besatz zweimal das Feuer auf das Territorium unserer Republik eröffnet.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade **Leninskoje** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 29 Granatgeschosse abgefeuert.

In **Richtung Donezk** wurde **Luganskoje** zehnmal mit Abwehrgeschützen SU-23 durch Kämpfer der 28. mechanisierten Brigade aus Richtung Nowomichajlowka beschossen.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 12 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Besitzer aus der 59. Panzergrenadierbrigade haben drei Schützenpanzer und einen Lastwagen mit einem Abwehrgeschütz SU-23 im Hof eines Wohnhauses in Kalinowo stationiert.

Kämpfer aus der 58. Panzergrenadierbrigade haben zwei Schützenpanzerwagen auf einer Gartenparzelle in Newelskoje getrant.

In Höfen von Wohnhäusern in Nowotroizkoje in der Tschapajew-Straße wurde eine Panzertransporter und ein Lastwagen mit einem Abwehrgeschütz SU-23 der 53. mechanisierten Brigade festgestellt.

Besitzer aus der 36. Marineinfanteriebrigade haben vier Panzer am Rand von Mariupol und Makedonowka stationiert.

Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter und blockiert die Funktion von Drohnen und Patrouillen der OSZE-Mission.

So haben Kämpfer des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eine Station „Bukowel-AD“ im Gebiet von Stepanowka eingesetzt, um die Leitungskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren, um die Entdeckung von Waffen der 28. mechanisierten Brigade durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern.

Außerdem haben die Besatzer am westlichen Rand von Alexandrowka auf Entscheidung des Kommandos der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ einen Checkpoint eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, Patrouillen der OSZE-Mission nicht auf das Gebiet der frontnahen Ortschaft zu lassen.

Nach den zahlreichen Fällen, dass Kämpfer der 10. Gebirgsturmbataillon auf eigene Minensperren geraten sind sowie Weigerungen von Kämpfern des 109.

Gebirgsturmbataillon, auf die Positionen zur Durchführung der Rotation auszurücken, weil genaue Karten der Minenfelder fehlen, hat das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ dem Kommandeur der 10. Brigade die Aufgabe gestellt, einen Bericht über den Abschluss der Maßnahmen zur Minenräumung unter Hinzufügung von Fotoberichten über die Markierung von Durchgängen in den installierten Minensperren zu erstellen und an den Stab der operativ-taktischen Gruppierung zu senden.

Außerdem führt der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung Gorbatsjuk eine

vorläufige Ermittlung zum Scheitern der Aktivitäten einer Aufklärungsgruppe im Gebiet von Schumy durch, die den Tod eines und die Verletzung von zwei ukrainischen Kämpfern der 10. Brigade nach sich gezogen hat.

Derzeit erwägt die Ermittlungsgruppe, zu der Mitarbeiter der militärischen Gegenaufklärung des SBU gehören, zwei Versionen des Geschehens: ein geringes Niveau der Ausbildung des Personals der Gruppe und Durchsickern von Informationen über die Operation.

Es ist wichtig anzumerken, dass nach uns vorliegenden Informationen trotz des Scheiterns der vorhergehenden Aufklärungsgruppe das Kommando der OOS nicht von seinen Plänen Abstand genommen hat und weiter Diversionen an der Kontaktlinie durchführt.

So ist nach uns vorliegenden Informationen eine **Gruppe von Spezialisten für Diversionsaktivitäten** aus dem 8. Spezialregiment der Spezialoperationskräfte am Stationierungsort der 10. Gebirgssturmgruppe **eingetroffen, um Diversionsaktivitäten verbunden mit Verminung von Örtlichkeiten sowie unter Einsatz von mit Sprengeinrichtungen ausgerüsteten Drohnen durchzuführen.**

Wir rufen die Einwohner der Republik vor dem Hintergrund des zunehmenden Beschusses von Seiten der Ukraine sowie möglicher Diversionen verschiedener Art auf, mit besonderer Sorgfalt die Anforderungen der Minensicherheit zu beachten. Beim Entdecken verdächtiger Objekte diese nicht berühren und unverzüglich die Rechtsschutzorgane über die gefährlichen Funde informieren.

de.rt.com: **Denis Puschilin exklusiv zu RT: Eskalation im Donbass hängt mit Amtsantritt von Joe Biden zusammen**

Der langjährige Konflikt im Osten der Ukraine spitzt sich zu. An der Kontaktlinie kommt es zu Schusswechseln und beide Seiten melden Tote und Verletzte. Der Chef der selbsternannten Volksrepublik Donezk Denis Puschilin hat RT die Situation vor Ort geschildert.

Angesichts der jüngsten Eskalation im langjährigen Konfliktgebiet Ostukraine hat RT am 6. April mit dem Oberhaupt der völkerrechtlich nicht anerkannten Volksrepublik Donezk gesprochen. Im exklusiven Interview schilderte Denis Puschilin die aktuelle Situation vor Ort und legte die Hintergründe der jüngsten Spannungen in der Region dar. Der Politiker bezeichnete die Situation als "ernst" und teilte mit, dass sich die Zahl der Schusswechsel an der Kontaktlinie im Vergleich zum Vorjahresquartal so gut wie verdoppelt hat. Es gebe auch Tote unter der Zivilbevölkerung, darunter mindestens ein Kind. Zu Schaden komme auch die Infrastruktur.

Puschilin machte für die Eskalation die Ukraine verantwortlich. Ihm zufolge lässt die Anzahl der ukrainischen Streitkräfte an der Kontaktlinie darauf schließen, dass die Ukraine zu einer Offensive bereit ist. Es komme nur auf den entsprechenden Befehl an. Zugleich merkte das Oberhaupt der nicht anerkannten Republik an, dass die Bevölkerung im Donbass bereits seit sieben Jahren mit dieser Situation konfrontiert ist.

Zudem kritisierte Puschilin die Brüchigkeit der zuvor geschlossenen Waffenstillstände. Einige davon hätten buchstäblich Stunden, wenn nicht Minuten gedauert. Der letzte im Juli 2020 vereinbarte Waffenstillstand habe ungefähr anderthalb Monate lang gehalten. Schon im September sei dann die Situation wieder eskaliert. Die aktuelle Eskalation setzte der Chef des international nicht anerkannten Staates mit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Joe Biden in Verbindung:

"Die Ukraine rechnet auf eine Unterstützung seitens der USA und demonstriert mit ihren Handlungen, dass sie bereit sind, Brennpunkte zu schaffen, darunter im Donbass."

Puschilin zweifelte in seinem Kommentar für RT an der Selbständigkeit der Regierung in Kiew. Nach dem Staatsstreich im Jahr 2014 würden alle wichtigen Entscheidungen außerhalb der Ukraine getroffen. Deswegen agiere der aktuelle ukrainische Präsident Wladimir Selenski wie sein Vorgänger Pjotr Poroschenko nach dem Diktat des Westens mit den USA an der Spitze:

"Im Laufe all dieser Zeit unterstützten die USA und mehrere andere Länder die ukrainische Armee nicht nur mit Ausbildungsprogrammen, sondern auch mit Lieferungen tödlicher Waffen. Mit dem Amtsantritt von Präsident Biden wurde diese Unterstützung stärker." Puschilin teilte mit, dass Russland die Bevölkerung im Donbass humanitär, politisch und diplomatisch unterstützt. Die Regierung in Moskau werde als Garant der Minsker Abkommen ihr Bestes tun, damit kein großer Krieg aufflammt und damit der Konflikt auf friedlichem Wege gelöst wird. Der Politiker machte wiederholt die Regierung in Kiew für die aktuelle Situation verantwortlich.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.04/article/606d9b01b480cc021c6fe2d8.jpg>

snanews.de: Erneut mehrere Tote bei Demonstrationen in Myanmar

Bei Protesten gegen die Militärregierung in Myanmar sind übereinstimmenden Medienberichten zufolge erneut mehrere Demonstranten getötet und verletzt worden. Mindestens fünf Menschen seien ums Leben gekommen, als Sicherheitskräfte in der nordwestlichen Stadt Kale am Mittwoch das Feuer eröffnet haben, meldeten mehrere Nachrichtenportale unter Berufung auf Augenzeugen.

Zwei Demonstranten seien in dem Ort Bago bei der Großstadt Yangon gestorben, berichtete Reuters. Dort wiederum brach in einer chinesischen Bekleidungsfabrik ein Brand aus, wie die Feuerwehr mitteilte, ohne Angaben zum dadurch entstandenen Schaden zu machen. In einem anderen Stadtteil von Yangon zündeten Aktivisten eine chinesische Flagge an, wie auf Aufnahmen zu sehen war, die über Facebook verbreitet wurden. Viele Demonstranten werfen China vor, die Militärjunta zu unterstützen. Bereits im März wurden Brandanschläge auf mehr als 30 Fabriken in Yangon verübt, an denen chinesische Investoren beteiligt sind.

Junta-Chef Min Aung Hlaing verurteilte die Demonstranten. Wegen der Bewegung des zivilen Ungehorsams werde in Krankenhäusern, Schulen und Fabriken nicht mehr gearbeitet. Die Bewegung sei „eine Aktivität zur Zerstörung des Landes“, erklärte der General. ...

Mil-lnr.info: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK wurde in den letzten 24 Stunden **zwei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Fedossenko **Solotoje-5** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 14. Brigade unter Kommando des

Kriegsverbrechers Wojtschenko eine Feuerprovokation mit Schusswaffen auf das Gebiet von **Golubowskoje** begangen. ...

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Schapowalow in Richtung Luganskoje **Logwinowo** mit 120mm-Mörsern beschossen. ...

snanews.de: **Umstrittene Wasserstraße: Erdogan plant Baubeginn von Istanbul-Kanal für Sommer**

In der Türkei soll bald eine Ausschreibung für einen Kanal erfolgen, der das Schwarze Meer mit dem Marmarameer verbinden soll. Laut dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan soll im Sommer der Grundstein dafür gelegt werden.

„So Gott will werden wir in den Sommermonaten den Grundstein legen“, äußerte Erdogan am Mittwoch. „Ob ihr wollt oder nicht, wir werden mit dem Kanal Istanbul beginnen, ihn bauen und in den Dienst unseres Volkes stellen“, zitiert ihn die Deutsche Presse-Agentur.

An beiden Seiten des Kanals werde ein Stadtgebiet für insgesamt 500.000 Menschen entstehen, erklärte Erdogan. Experten warnen vor irreparablen Schäden am Ökosystem um Istanbul und davor, dass Trinkwasserressourcen gefährdet würden. Manche Experten befürchten auch, die Gefahr eines Erdbebens könne durch den Bau in dem ohnehin stark gefährdeten Gebiet weiter erhöht werden.

Mit dem Projekt Kanal Istanbul will die Regierung in Ankara den Verkehr über den Bosphorus erleichtern und Unfälle verhindern. Erdogan hatte das Thema bereits im Jahr 2011, damals als Ministerpräsident, auf die Tagesordnung gebracht.

Erdogan argumentierte am Mittwoch erneut, der „Kanal Istanbul“ sei unumgänglich, um den Bosphorus zu entlasten. Der Schiffsverkehr dort nehme kontinuierlich zu. Nach einer Statistik der Direktion für Küstensicherheit nimmt die Anzahl der Schiffe seit einigen Jahren ab, Größe und Gewicht der Schiffe nehmen insgesamt aber zu.

Die umstrittene Wasserstraße, die das Schwarze Meer nördlich von Istanbul mit dem Marmarameer im Süden verbinden und schätzungsweise 75 Milliarden Lira (umgerechnet etwa 7,7 Milliarden Euro) kosten soll, soll 45 Kilometer lang und an der schmalsten Stelle am Grund 275 Meter breit werden. Somit würde der neue Kanal länger und schmaler als der Bosphorus sein, der etwa 27 Kilometer lang und an der schmalsten Stelle 698 Meter breit ist.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/07/1599832_0:0:3073:1728_1280x0_80_0_0_f0c9efdd404e91ffcb38bad1f895feda.jpg

snanews.de: **„Bedrohen niemanden“: Russland behält Truppenstationierung an Grenze zur Ukraine bei**

Angesichts neuer Spannungen in der Ostukraine will Russland laut dem Pressesprecher des

russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, seine Truppen an der Grenze zum Konfliktgebiet vorerst nicht abziehen.

Das russische Militär werde an der russisch-ukrainischen Grenze bleiben, solange es die „militärische Führung und der Oberbefehlshaber für angemessen halten“, sagte Peskow am Mittwoch gegenüber Journalisten. Er betonte abermals, Russland bedrohe niemanden und habe es auch nie getan.

Ob eine dauerhafte Stationierung angestrebt werde, sagte Peskow nicht. Auch zur Zahl der eingesetzten Soldaten machte der Kremlsprecher keine Angaben.

In der vergangenen Woche hatte das US-Außenministerium Russland „destabilisierende Handlungen“ in der Ukraine vorgeworfen. Washington sei besorgt „wegen der jüngsten Eskalation des aggressiven und provokativen Vorgehens Russlands im Osten der Ukraine“, sagte der US-Außenamtssprecher Ned Price am vergangenen Donnerstag. Er warnte den Kreml vor Versuchen, „die Ukraine einzuschüchtern oder zu bedrohen“. Moskau wies die Vorwürfe zurück und betonte wiederum, die Gespräche mit den USA bezüglich der Lage in der Ukraine werden „auf einem hohen Niveau“ geführt.

Die verschärften Spannungen in der Ostukraine hatten zuletzt international Besorgnis ausgelöst. Beobachtern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zufolge liegt die Zahl der Verstöße gegen die Waffenruhe jedoch weiter deutlich unter der des Vorjahres.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/47675_0:126:3197:1924_1280x0_80_0_0_1fdbb9231ee2f757dd6d7461eb4080a2.jpg

dan-news.info: Heute wurden mit Unterstützung der Vertretung der DVR im GZKK die Arbeiten zur Wiederherstellung der Stromversorgung in Wasiljewka abgeschlossen. Um 11:30 Uhr wurde die Wasiljewker Pumpstation der Jushnodonbasskij-Wasserwerke wieder in Betrieb genommen.

de.rt.com: US-Softwareunternehmen Zoom will russische Staatsunternehmen und Behörden nicht mehr bedienen

Zoom wird keinen Zugang zum Online-Konferenzdienst an russische Regierungsbehörden und staatliche Unternehmen mehr verkaufen. Den Grund dafür sehen Experten in der Androhung von US-Sanktionen. Vonseiten Russlands heißt es derweil, russische Unternehmen seien in der Lage, Zoom zu ersetzen.

Das US-amerikanische Softwareunternehmen Zoom Video Communications hat seinen Vertriebshändlern verboten, den Zugang zum Online-Konferenzdienst an Regierungsbehörden und staatliche Unternehmen in Russland und der GUS zu verkaufen. Laut Experten folgt Zoom dem Beispiel von Microsoft, das sich weigerte, Software an die Moskauer Staatliche

Technische Universität wegen des Risikos von US-Sanktionen zu liefern. Unter dieser Entscheidung können vor allem russische Schulen und Universitäten leiden. Sergei Krawzow, der Leiter des russischen Bildungsministeriums, sagte jedoch, die Einschränkung des Zugangs zu Zoom werde die Arbeit der Bildungseinrichtungen nicht beeinträchtigen. Ihm zufolge werde als Alternative das neue russische Videokonferenzsystem "Sphärum" in Betracht gezogen. Krawzow teilte mit:

"Wir haben unser inländisches System 'Sphärum', das wir kürzlich vorgestellt haben. Dies ist unser inländisches Videokonferenzsystem, sodass wir für jede Situation gerüstet sind. Und natürlich werden wir uns mehr auf unsere Software konzentrieren."

Der Pressedienst des russischen Bildungsministeriums erklärte, dass Schulen verschiedene Videodienste im Unterricht nutzen können, es bestehe keine Abhängigkeit von einer Software. Ein Sprecher des Ministeriums sagte:

"Heutzutage ermöglichen die digitalen Fähigkeiten von Schulen die Nutzung verschiedener Dienste und Softwarelösungen. Das Bildungssystem ist nicht von einer Software abhängig und wird durch die Vielzahl von Anwendungen gut geschützt."

Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, sagte wiederum, Wladimir Putin habe die Zoom-Videoanruferanwendung nur für internationale Kontakte verwendet. Gleichzeitig stellte er fest, dass diese Anwendung Alternativen biete:

"Einige internationale Kontakte wurden per Zoom organisiert. Der Präsident selbst verwendet bei zahlreichen Videokonferenzen kein Zoom, und wir verwenden es auch nicht in Arbeitsplänen. Es gibt geschlossene Kanäle."

"Wir müssen auf Alternativen umsteigen, sie existieren. Unsere Betreiber müssen noch gute Arbeit leisten, um ihre Dienste fertigzustellen, sie sind in der Lage, das Fehlen eines beliebten Dienstes (wie Zoom, Anm.) auszugleichen."

Anfang Dezember 2020 wurde bekannt, dass Microsoft sich weigerte, die Software an die Moskauer Staatliche Technische Universität zu verkaufen. Dies geschah, weil die Universität unter US-Sanktionen für die Ausbildung von Waffenspezialisten fällt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606dc29bb480cc0d563d0705.jpg>

abends:

snews.de: **Keine Einmischung und gegenseitiger Respekt: Xi Jinping wirbt in Telefonat mit Merkel für neuen Kurs**

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hat in einem Telefonat mit Kanzlerin Angela Merkel seine Hoffnung auf einen Ausbau der Zusammenarbeit mit Deutschland und der Europäischen Union ausgedrückt.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Spannungen zwischen beiden Seiten sagte Chinas

Präsident nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua in dem Gespräch am Mittwoch, die Beziehungen zwischen China und der EU sähen „neue Möglichkeiten und verschiedene Herausforderungen“. Der Schlüssel sei aber, entschieden einen Kurs einzuschlagen, der sich an einer strategischen Perspektive und gegenseitigem Respekt orientiere und Einmischung ausschließe.

Das Gespräch erfolgte zwei Wochen nachdem die Europäische Union erstmals seit mehr als drei Jahrzehnten wieder Sanktionen wegen Verletzungen der Menschenrechte gegen China verhängt hatte. Sie richten sich gegen Verantwortliche für die Verfolgung der muslimischen Minderheit der Uiguren in Nordwestchina. Die Regierung in Peking beklagte „Einmischung in innere Angelegenheiten“ und verhängte noch weitgehendere Gegensanktionen gegen deutsche und andere europäische Politiker, Experten und Institutionen.

Aus dem Xinhua-Bericht ging nicht hervor, wie Merkel und Xi auf den Streit eingegangen sind. „Chinas Entwicklung ist eine Gelegenheit für die Europäische Union, und wir hoffen, dass die EU unabhängig eine korrekte Entscheidung treffen wird und wirklich ihre strategische Autonomie erreicht“, sagte Xi Jinping nach diesen Angaben mit einem möglichen indirekten Hinweis auf die USA, die unter dem neuen Präsidenten Joe Biden mit ihren Verbündeten eine gemeinsame China-Politik verfolgen wollen.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/0a/106128_0:249:2755:1799_1280x0_80_0_0_94d8b1da6c7bd7709e09127ae3f7db75.jpg